

musche Diskussion verfolge, beschleicht mich ganz deutlich das Gefühl, in Österreich sind wir genau dorthin unterwegs. Die Wirtschaftskrise könnte ein Aufwecker sein. Wir müssen unsere Strukturen überdenken. Wir müssen die Konkurrenz, sprich die anderen Länder als Benchmark für unsere Entwicklung sehen. Diese Unsicherheit, immer zu glauben, einen eigenen, „österreichischen Weg“ zu erfinden, der meist darin besteht, Tatsachen zu ignorieren, hilft uns nicht. Früh in Pension zu gehen, ein gutes teures Gesundheitssystem zu genießen, vielleicht noch eine Arbeitszeitverkürzung anzustreben und vor allem nichts an „wohlerworbenen Rechten“ anzugreifen. So schauen Zukunftskonzepte nicht aus. Sozial Schwachen zu helfen muss der Gemeinschaft ein Anliegen sein. Jedoch durch Leistung zu Erfolg zu kommen muss lohnendes Ziel sein oder wieder werden.

Lassen wir uns durch Larmoyanz nicht aufhalten, versuchen wir durch Ideen, Energie und Tatkraft aufzufallen.

Die Autorin ist Mitglied im Verbund-Vorstand!

TIPP

Steuer und Moral

Das Institut für österreichisches und internationales Steuerrecht an der WU Wien startet am 1. März die sechsteilige Veranstaltungsreihe „Steuer und Moral“. Mitveranstalter sind das Finanzministerium und die Kammer der Wirtschaftstreuhänder. Der Auftakt erfolgt am 1. März mit einem Statement von Eleonor Kristoffersson, Expertin für schwedisches Steuer- und Privatrecht unter dem Titel „Transparenz und Steuergeheimnis“.

Steuer und Moral
Sechs Referate und Debatten
Wirtschaftsuniversität Wien
Institut für österr. und int. Steuerrecht
www2.wu-wien.ac.at/taxlaw

den Protest beendet. „Wir sehen ein, dass das Land in einer Krise steckt“, sagte ein Sprecher der Landwirte laut Agenturmeldungen. Der Chef des Meinungsforschungsinstitutes Alco, Costas Panagopoulos, wertete dies als „Sieg der Regierung“. Diese könne nun einen „härteren Kurs“ gegen andere Gewerkschaften einschlagen. Erste Anzeichen scheinen ihm recht zu geben: Die Finanzbeamten sagten einen für dies Woche geplanten Streik ab.

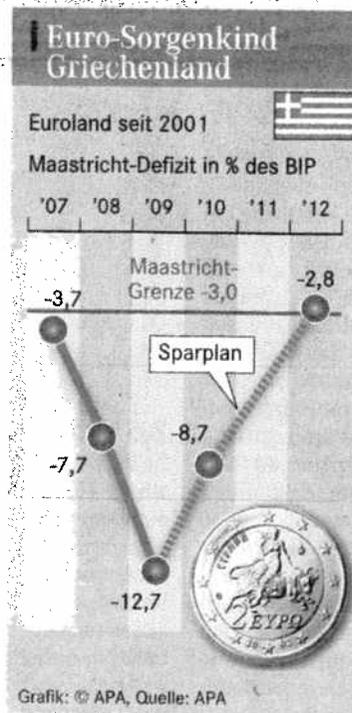
Höhere Mehrwertsteuer

Österreich gehört mit Deutschland zu jenen EU-Staaten, die die Kommission schon jetzt härtere Einschnitte im griechischen Staatshaushalt fordern. Die geplanten Kürzungen bei den Gehältern öffentlich Bediensteter, bei den Pensionen und bei den Sozialleistungen dürften nicht ausreichen. Daher werden Steuererhöhungen debattiert, konkret eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Doch die Kosten für die Lebenshaltung bei niedrigen Gehältern trieben schon im Frühjahr etwa die Feuerwehrleute auf die Straße.

Griechenland muss jedenfalls bis 15. März der EU-Kommission

Griechenland aus dem Euro zu werfen wäre für das Land ein Todesurteil.

Die Finanzminister der Euro-Zone scheinen eine doppelte Strategie zu verfolgen, lassen sich dabei jedoch nicht in die Karten blicken.



12,7

Bis zum Jahr 2012 muss Griechenland sein Budgetdefizit von 12,7 auf unter drei Prozent reduzieren. Eine Maßnahme sind Aufnahme- und Gehaltsstopp bei Beamten (Bild: Feuerwehrmänner forderten in Athen zum Jahresbeginn höhere Löhne).

So stunden im laufenden Defizitverfahren gegen Griechenland auch Möglichkeiten zu Sanktionen zur Verfügung, etwa Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Angesichts der prekären Lage des Athener Budgets hielten es die Finanzminister für kontraproduktiv, bereits jetzt über mögliche Strafen gegen Griechenland zu sprechen. Sie wollen sich allerdings auch nicht klar zu möglichen Hilfen für Griechenland äußern, sollte dessen Sparkurs scheitern.

Ärger über falsche Daten

Finanzhilfen scheinen jedenfalls vorbereitet zu werden, um Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit und damit die Euro-Zone vor einem Schock zu bewahren. Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn meinte dazu: „Sollte das eintreten, dann haben wir Mittel und Wege, um die Stabilität in der Euro-Zone zu sichern.“ Die Kommission wäre jedenfalls bereit, für den Fall der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands einen „europäischen Koordinierungsrahmen für eine solche Aktion aufzubauen“.

Ehe es so weit kommt, wird die griechische Regierung in der Haushaltsführung noch stärker unter die Kuratel Brüssels gestellt.

sen Tagen einige Experten nach Athen. Ihre Aufgabe ist es zu prüfen, wie weit Athen mit der Implementierung der Sparmaßnahmen gekommen ist. Und sie sollen vor allem die Angaben griechischer Behörden überprüfen, denn in der EU scheint der Ärger über falsche Daten aus Griechenland anhaltend und groß zu sein.

So votierte auch Finanzminister Pröll für ein stärkeres Zu- und Durchgriffsrecht von Eurostat auf die Daten der Mitgliedstaaten. Diese europäische Statistikbehörde solle mehr Kompetenzen erhalten. Mit seiner Bereitschaft, ein stärkeres Durchgriffsrecht zu debattieren, hat Pröll seine früher diesbezüglich geäußerte Skepsis abgelegt: „Das ist keine Fahnenfrage.“

Eine späte Bestätigung früherer Zweifel an Griechenlands Tauglichkeit für die Mitgliedschaft im Währungsverbund lieferte der frühere deutsche Finanzminister Hans Eichel (1999–2005). Er bedauerte die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone im Jahr 2001: „Rückblickend muss man sagen: Ja, es war ein Fehler, weil die Finanzdaten wohl nicht gestimmt haben.“ Aber Griechenland jetzt aus der Euro-Zone zu werfen, wäre für das Land das „Todesurteil“.

WEICHENSTELLUNG AN DER EZB

Europas nächster Währungshüter

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die wesentliche, unabhängige Institution, um über Geldpolitik die Wirtschaftspolitik mitzugestalten und damit sowohl über die Stabilität des Euro als auch über die wirtschaftliche Lage Europas mitzubestimmen. Daher werden in Brüssel diskret Kontakte geknüpft, wer denn im Oktober 2011 dem derzeit amtierenden Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, nachfolgen könnte.

Finanzminister Josef Pröll gab sich nach den Treffen mit seinen Ressortkollegen in der abgelaufenen Woche noch zugeknöpft und ausweichend. Es sei „überhaupt nicht die Zeit gekommen“, um über den nächsten EZB-Chef jetzt

eine Debatte zu führen. Zum Anlass der Anfrage, wonach Deutschlands Bundesbank-Präsident Axel Weber für die Trichet-Nachfolge in Stellung gebracht werde, wollte sich Pröll nicht äußern. Der Vorgang selbst löste Irritationen aus.

Absage an regionalen Ausgleich

Die Finanzminister der Euro-Zone haben sich am Dienstag für den Portugiesen Vitor Constancio als neuen Vizepräsidenten der EZB ausgesprochen. Beobachter vermuten, einem Südländer als Vize werde ein Mittel- oder Nordeuropäer als Präsident gegenüberstehen. Dafür sei von Berlin schon Axel Weber ins Gespräch gebracht worden. Weber hatte sich bereits

den Konflikten mit dem Finanzsektor gestellt, hat Einfluss auf die Zentralbank stets abgelehnt und Vorschläge, die Stabilitätskriterien für den Euro zu ändern, wiederholt zurückgewiesen. Damit habe er sich, heißt es in deutschen Medien, als Währungshüter empfohlen. Die Gerüchte wurden so dicht, dass ihnen der Vorsitzende der Eurogruppe, Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, umgehend entgegnet.

„Ich werde nicht dafür plädieren, dass Deutschland den Posten des EZB-Präsidenten stellen wird“, sagte Juncker im *Deutschlandfunk*. Berlin irre, dass die Bestellung eines Portugiesen eine Vorleistung sei. Juncker: „Deutschland wird für seinen Kandidaten kämp-



PHOTO: EPA

Rat

Finanzminister Josef Pröll mit Ressortkollegen in Brüssel: Elena Salgado (Spanien), Jyrki Katainen (Finnland) und Wolfgang Schäuble (Deutschland)

fen müssen.“ Weber selbst erklärte nur, sich an Spekulationen um seine Person nicht zu beteiligen.

Die EZB bleibt derzeit auf ihrem Kurs niedriger Zinsen. Der EZB-Rat hält den Leitzins weiterhin auf einem Rekordtief von 1,0 Prozent, um die Wirtschaft zu beleben. Zu diesem Zinssatz können sich Geschäftsbanken bei der EZB Geld leihen. Ein zu früher Ausstieg aus dieser Hilfestellung könnte, so die EZB, die Konjunktur abwürgen. (C.R.)